

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sichere und unkomplizierte elektronische Kommunikation mit Behörden ermöglichen

Die elektronische Datenübermittlung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung bietet große Chancen für Bürgernähe und Effizienzsteigerung, erfordert allerdings technische und organisatorische Maßnahmen, um den Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gerecht zu werden. Kryptographische Verfahren sind nötig, um die – auch durch das Bundesdatenschutzgesetz geforderte – Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität, Zweckbindung und Transparenz auch bei der elektronischen Datenübertragung zu gewährleisten. Für einige Berufsgruppen oder Verwaltungsvorgänge ist die elektronische Kommunikation gesetzlich vorgeschrieben, so zum Beispiel für Anmeldungen zum Handelsregister, einige Vergabeverfahren oder für die Abrechnung von Ärzten mit kassenärztlichen Vereinigungen.

Als Verfahren für die verschlüsselte E-Mail-Kommunikation in der Justiz und zwischen Behörden bietet das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) Sicherheit. Das Programm kann aber nicht in gängige E-Mail-Programme integriert und so nicht von Privatpersonen genutzt werden.

Für die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern untereinander und mit Behörden sind wie Programme wie „Pretty Good Privacy“ (PGP) geeignet. Es bietet eine einfache, kostengünstige bzw. kostenfreie Möglichkeit einer sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und wird bereits von vielen Privatpersonen, Institutionen und Unternehmen genutzt und unterstützt, um E-Mails sicher auszutauschen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf

1. Wege zu suchen, die Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern mit öffentlichen Stellen durch Angebote einer sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselung – z. B. in einem Modellprojekt auf Basis von PGP – zu ermöglichen und mittelfristig sicherzustellen,
2. dabei für die Verschlüsselung von Datenkommunikation die Vorbildfunktion der Behörden wahrzunehmen,
3. die Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen über die Notwendigkeit und Möglichkeiten der Verschlüsselung elektronischer Kommunikation zu informieren und sie dabei durch einfache, nutzerfreundliche und kostengünstige Angebote zu unterstützen,
4. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit im ersten Quartal 2015 einen Bericht zur Umsetzung vorzulegen.

Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Mustafa Öztürk, Carsten Werner, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN